

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1022

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1022



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 24. 12. 2017

Inhalt

Philosoph Christoph Türcke: "Man braucht die Schulen eigentlich nicht mehr"	1
Reformen statt Fortschritt	4
Regierungsrat lehnt Lehrplanstopp ab	6
«Problematische Entwicklung»	8
Weichenstellung für die Zukunft unserer Volksschule im 2018	8
Humanistische Bildung.....	9
Trotz Mehrkosten: Kantonsrat führt Hauswirtschaft wieder ein	10
Ärger mit neuen Schulzeugnissen	11
Sechs Schulen aus vier Kantonen mit Schulpreis ausgezeichnet.....	12
Schulpreise?	13
Sollen Whatsapp und CO erst ab 16 Jahren erlaubt werden?	14
Primarschüler bekommen jetzt eigene Tablets	14

Philosoph Christoph Türcke: "Man braucht die Schulen eigentlich nicht mehr"

Der Standard, 21.11.2017

INTERVIEW LISA NIMMERVOLL

Christoph Türcke über die Ökonomisierung des Bildungsbetriebs, Lehrer, die zu Lernbegleitern mutieren, neue autoritäre Strukturen in der Schule und alte Effizienzfantasien, die in ihr Gegenteil kippen

STANDARD: Sie haben in einem Buch die "Lehrerdämmerung" ausgerufen. Wer oder was bedroht denn die Spezies Lehrer?

Türcke: Ein neoliberales Bildungssystem, das unter dem Stichwort "Neue Lernkultur" geführt wird, wo die Lehrer ihre ursprüngliche Rolle, nämlich das Zeigen von Sachverhalten, nicht mehr ausüben, sondern nur noch als Lernbegleiter fungieren sollen. Die Schüler lernen an vorgegebenen Lernmaterialien, die die Lernbegleiter bereitzustellen haben, möglichst für jeden individuell einen eigenen Arbeitsblattstapel. Das soll ganz wunderbar sein, weil dann jeder nach eigenem Wunsch, in eigener Reihenfolge, in eigenem Tempo voranschreiten kann und die Autonomie und Selbstständigkeit des

Lernens die schönsten Blüten treibt. Keine autoritären Säcke mehr, die einer ganzen Klasse Inhalte vorgeben, wo doch jedes Individuum anders tickt und anders gestrickt ist. Statt Lehrern nur noch Ratgeber, die bei Bedarf zur Stelle sind, Tipps geben und spontanes Coaching durchführen.

STANDARD: Da klingt viel Ironie durch. Was stört Sie daran?

Türcke: Es geschieht mit Begriffen, die zuckersüß und verführerisch klingen: Endlich wird der Schüler ernst genommen. Der Lerner oder die Lernerin, wie dieses neue Kunstwort heißt, sei doch das Zentrum aller Bildung. Es werden Selbstentfaltung und Abschaffung von autoritären Strukturen versprochen. Dabei läuft das Ganze auf eine gesteuerte Form von Verwehrlosung hinaus. Und die autoritären Strukturen hören überhaupt nicht auf, sie gehen nur über auf die Lehrmaterialien.

STANDARD: Bitte erklären Sie das.

Türcke: Es passiert Folgendes: Der Lehrer als Frontalunterrichtler wird endlich abgeschafft, und jedes Kind bekommt seinen individuellen Frontalunterricht durch Arbeitsblätter. Darauf steht dann eine knapp umschriebene Aufgabenstellung in der Sprache des Imperativs. Fülle dies aus! Rechne jenes zusammen! Mache dieses und jenes! Der Imperativ, nun anonym in Gestalt des Arbeitsblatts und des scheinbaren Sachzwangs, deutet darauf hin, dass die autoritäre Struktur in gewisser Weise sogar potenziert wird. Nur nicht mehr durch die Lehrperson ausgeübt, sondern gleichsam als neutrale Notwendigkeit. Die Lernbegleiter sind dann die Softies, die dazu dienen, dieser Methode die notwendige Akzeptanz zu verschaffen, bei der ganz offensichtlich ist, dass dabei mit ungeheuren Ersparnispotenzialen kalkuliert wird, wenn man faktischen Unterricht an Arbeitsblätter delegiert. So können weniger Lehrer mehr Schüler zwar nicht unterrichten, aber beaufsichtigen.

STANDARD: Steht die von Ihnen kritisierte Degradierung der Lehrerinnen und Lehrer zu Lernbegleitern auch im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Digitalisierung?

Türcke: Selbstverständlich. Die Arbeitsblätter und vor allem die Lückentexte – es werden ja gar keine ganzen Texte mehr geschrieben, sondern nur noch Lücken ausgefüllt – sind eine Vorform der digitalen Masken. Es wird eine Art Lückenfüllermentalität eingeübt. Wenn demnächst aller Unterricht digital läuft, wird man die Papierform nicht mehr brauchen. Aber das Ganze hat noch einen Haken: Nehmen wir an, die Politiker würden die Schulen wirklich so großzügig digitalisieren, wie sie sagen, dann stellt sich die Frage: Warum sollen Schüler einen aufwendigen Schulweg auf sich nehmen, um in einem Klassenraum, wo jeder seines macht, irgendwelche Aufgaben zu lösen, die man genauso gut zu Hause lösen kann? Die Notwendigkeit des gemeinsamen Klassenraums wird durch die Digitalisierung der Schulen untergraben. Man braucht die Schulen streng genommen eigentlich nicht mehr.

STANDARD: Heute sind digitale Geräte aber alltägliche Begleiter der Kinder. Ist es da nicht naheliegend und notwendig, sie auch im Unterricht kritisch reflektierend einzusetzen? Die Digitalisierung der Gesellschaft ist ja ein Faktum.

Türcke: Ja, aber was heißt kritisch reflektierend? Würde man Fünfjährigen, um sie rechtzeitig auf einen kritisch-reflektierten Umgang mit Alkohol einzustellen, erst mal zur kritischen Reflexion und zum eigenständigen Umgang Schnaps verabreichen? Nein. Zum kritischen und reflektierenden Umgang gehört zunächst einmal auch, gerade in frühen Jahren, eine gewisse Abstinenz beziehungsweise die äußerste Form der Dosierung. Kleine Kinder können überhaupt nicht überblicken, was diese neue Technologie mit ihrer seelischen Stabilität zu tun hat. Natürlich tut das den Kleinen nicht weh, wenn sie als Zwei-, Dreijährige vor so ein Gerät gesetzt werden, rumdaddeln können und sich sprunghaft zwischen irgendwelchen Bildern und Masken hin und her bewegen, ohne dass das

noch an Sprache geknüpft wird. Das ist aber entscheidend: Wir erleben dabei Sprachverluste, weil die Bilder so schnell dahinflutschen, dass die Zeit, sie an Sprache zurückzubinden, gar nicht mehr vorhanden ist. Das hat Langzeitwirkungen, die sich allmählich zeigen.

STANDARD: Kritiker könnten dem entgegen, das klinge etwas sehr restaurativ, was Sie sagen. War denn an der alten Schule wirklich alles gut?

Türcke: Natürlich war nicht alles gut, und ich will nicht zum alten Schulsystem und dem, was in den 1960ern mit Recht Frontalunterricht genannt wurde, zurück. Wo wir noch eine ganze Menge alter Nazis als Lehrer hatten und es nur den Lehrervortrag gab und die Schüler antworteten. Dagegen wurde zu Recht rebelliert und gesagt: Nein, da muss eine Vielzahl von Unterrichtsmethoden her, dieses bloß von vorne Dozieren kann nicht sein. Inzwischen hat sich das umgekehrt.

STANDARD: Inwiefern?

Türcke: Wenn überhaupt jemand vor einer Gruppe steht und dieser einen Sachverhalt eröffnet, dann heißt es: Das ist Frontalunterricht, da wird Gleichschritt gefordert. Die Begriffe Frontalunterricht und Gleichschritt sind inzwischen zu regelrecht demagogischen Begriffen geworden. Es wird suggeriert: Wann immer sich eine Gruppe gemeinsam in einen Sachverhalt vertieft, ist das Gleichschritt, und das ist gleich Militär, das wollen wir nicht mehr. Endlich demilitarisieren wir die Schule

STANDARD: Dafür soll sie nun ja für die digitale Zukunft gerüstet werden. Österreichs alte Regierung wollte jedes Kind in der fünften und neunten Schulstufe mit einem eigenen Tablet oder Laptop ausstatten.

Türcke: Mit dem permanenten Argument "Fit für morgen machen". Dahinter stehen natürlich auch massive ökonomische Interessen der IT-Firmen, die in der Bildungspolitik als Berater mitmischen. Der Hauptgedanke ist, dass man nichts mehr lernen muss, man kann ja alles nachschlagen. Auch so ein Trugschluss, dass man, wenn man nichts mehr weiß, alles finden könnte. Denn man findet nur etwas, wenn man schon eine ganze Menge weiß. Mit diesen Rattenfängertönen wird versucht, dem globalen Konkurrenz- und Flexibilisierungsdruck, der tatsächlich überall besteht, gerecht zu werden. Man glaubt, maximal effizient zu sein. Das Paradoxe ist: Wir haben die vollkommene Ökonomisierung des Bildungsbetriebs, alles wird auf Effizienz ein- und ausgerichtet, und zugleich erfolgt es mit Methoden, die dazu führen, dass elementare Fähigkeiten wie Rechtschreibung und Rechnen erodieren.

STANDARD: Welche Mechanismen sind hier am Werk?

Türcke: Relativ alte. Um 1900 ging der Ingenieur Frederick Taylor daran, die ganze Fabrikarbeit mit Stoppuhr und Bewegungsanalyse durchzuplanen. Manuelle Arbeit wurde auf kleinste Handgriffe reduziert und sollte dadurch maximal effizient werden. Doch die Menschen haben den Taylorismus nicht ausgehalten. Die Obsession des Effizienzmaximums schlug um in Ineffizienz. Ähnliches erleben wir jetzt in der Schule mit dem Ersetzen der Lehrer durch Programme und Maschinen.

STANDARD: Sie stoßen sich auch am "Kompetenzwahn" der Bildungspolitik. Warum?

Türcke: Weil ein behavioristisch verkürzter Kompetenzbegriff um sich greift. Gegen Kompetenz, also sachkundig für etwas zuständig sein, kann ja niemand etwas haben. Aber wenn ganz eng gefasste, isolierte Verhaltensweisen Kompetenzen sein sollen – man spricht ja schon von Säuglingskompetenzen, wenn das Kind mit den Augen ein Objekt verfolgen kann –, dann werden eigentlich Maschinenvorstellungen umgesetzt. Wirklich genau umschreibbare Kompetenzen haben nur Maschinen – in Gestalt ihrer Programme. Maschinen sind, solange sie funktionieren, reine Könner. Sie haben Kompetenz pur, es ist aber nichts dahinter.

Christoph Türcke, geb. 1948, studierte Evangelische Theologie und wurde 1972 in Zürich zum Pfarrer ordiniert, danach Studium der Philosophie an der Uni Frankfurt, 1977 Promotion, von 1995 bis 2014 war er Professor an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig.

Reformen statt Fortschritt

Journal21, 12.12.2017

Von Carl Bossard

Stunde der Wahrheit: Vergleichsstudien bescheinigen deutschen Grundschulern schlechtes Lesevermögen und mangelnde Schreibkenntnisse. Auch Schweizer Schulen sind gefordert.

Jedes fünfte Viertklass-Kind in Deutschland kann nicht richtig lesen; das zeigt die neue Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU.¹ Seit 2001 stagnieren die Leseleistungen. Andere Länder wurden besser und überholten Deutschland. In den Bereichen Rechnen, Schreiben und Zuhören seien sogar „signifikant negative Trends zu verzeichnen“, schreiben die Studienautoren eines weiteren Vergleichstests.² „Bankrotterklärung für Grundschulen“, lautet das Fazit in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung FAZ. Gar von „Schule im Niedergang“ ist die Rede.³ Ein beunruhigender, ja blamabler Befund. Er lässt aufhorchen, denn er sei „schlicht und ergreifend eine einzige Schande“, so der verantwortliche Studienleiter.

Reformen führen nicht an die Spitze

Auffallend ist die Korrelation zwischen ungenügenden Grundkenntnissen und besonders reformfreudigen Bundesländern. Dramatisch zeigt sich der Leistungseinbruch bei den Grundschulern in Baden-Württemberg. Das einstige Bildungsvorzeigeland hat seine Schulen gründlich reformiert. Heute platziert es sich nur noch knapp vor den Stadtstaaten Berlin und Bremen; sie bilden das Schlusslicht im Ranking der deutschen Schulsysteme. Die bildungskonservativen Bundesländer Bayern oder Sachsen dagegen liegen an der Spitze.⁴

Kaspar Hausers heimliche Rückkehr

Das schlechte Ergebnis lässt sich nicht monokausal erklären – und auch nicht mit der zunehmenden Heterogenität durch die Immigration. Doch es hat seine Gründe: Basis-können wie verstehendes Lesen, kohärentes, grammatikalisch wie orthografisch korrektes Schreiben und intensives Rechnen kamen in den vergangenen Jahren an vielen Schulen zu kurz, ebenso nachhaltiges Üben und Festigen.

Dazu kommt, dass sich Kinder heute in Lernateliers und auf Lernparcours vieles selber aneignen müssen: selbstorientiert und interessengesteuert in der Art von Autodidakten. Dabei werden die soziale Dimension des Unterrichts und der Wert des pädagogischen

¹ Anke Hussmann et al. (Hrsg.): IGLU 2016. Lesekompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster: Waxmann Verlag 2017. Die Schweiz nahm an dieser Vergleichsstudie nicht teil

² Petra Stanat et al. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2016. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster: Waxmann Verlag 2017. Diese Vergleichsstudie gilt als deutsches Pendant zur internationalen Pisa-Studie.

³ Regina Mönch: Schule im Niedergang. In: FAZ, 7. Dez. 2017, Nr. 284, S. 11.

⁴ Bundesweites Bildungsniveau. Grundschüler schlechter in Mathe und Deutsch. In: Spiegel Online, 10. 12. 2017

Bezugs zur Lehrperson vergessen. Heutige Schulkinder sind Lerner, Lernorganisator und Lernevaluator in Personalunion: moderne Kaspar Hauser-Figuren – oft auf sich allein gestellt und selbstverantwortlich für ihr Lernen.

Die Schriftsprache lautgetreu selber lernen

Deutschlands Schüler stagnieren beim Lesen auf mässigem Niveau und fallen beim Schreiben deutlich zurück. Als besonders problematisch erwiesen sich die neuen, angeblich „genialen“ Unterrichtsmethoden des Sprachenlernens. Jahrelang wurden im deutschsprachigen Raum viele Kinder mit dem Konzept „Schreiben nach Gehör“ alphabetisiert, wissenschaftlich „Lesen durch Schreiben“ genannt.

Entwickelt hat dieses lautgetreue Schreiben der Schweizer Pädagoge Jürgen Reichen (1939–2009). Schüler können sich die Schriftsprache selber erarbeiten, ähnlich wie Kleinkinder das Laufen und Sprechen erlernen, lautete Reichens apodiktisches Credo. Sein Programm basiert auf einer sogenannten Anlauttabelle, dem „Buchstabentor“. Ein passendes Bildchen illustriert jeden Buchstaben. Ein Fisch zum Beispiel steht für das „F“. Das Konzept lässt die Kinder das Schreiben individuell und nach eigenem Tempo lernen. Selbstgesteuert und in Lernwerkstätten.

Mit Hilfe dieses Buchstabentors setzen sich die Schüler „alle Wörter der Welt“ aus Lauten zusammen. Will ein Kind etwa „Ballon“ schreiben, murmelt es die einzelnen Laute vor sich hin und sucht die Buchstaben aus den Bildchen der Tabelle zusammen: das „B“ von der Banane, das „A“ vom Affen und so weiter. Die Abc-Schützen schreiben nach Gehör – wie sie es vom Klang der Worte her für korrekt halten, eben: lautgetreu. Auf die Orthografie müssen sie keine Rücksicht nehmen. Vielleicht entsteht so das Wörtlein „balon“ oder nach drei bis vier Unterrichtsjahren ein Sätzlein wie: „Du kanst gut tenis spilen.“

Absolute Fehlertoleranz

Die Freude am freien Fabulieren ist oberstes Prinzip. Dabei sollen die Kinder nicht gestört werden. Niemand darf eingreifen. Wortschatz und Grammatik werden nicht beachtet. Fehlerhafte Formen gehören dazu. Sie würden sich später korrigieren; das Korrekte komme automatisch, so Reichens Annahme. Auch das Lesen soll sich dann von alleine einstellen.

Reichens Konzept wurde erst vor zwei, drei Jahren auf seine Wirkung hin untersucht. „Die Ergebnisse sind katastrophal, eigentlich müsste ‚Lesen durch Schreiben‘ sofort verboten werden“, urteilte der emeritierte Zürcher Pädagogikprofessor Jürgen Oelkers. Lautsprache und Schriftsprache sind eben zwei ganz verschiedene Systeme. Besonders benachteiligt, und das ist das Unsoziale, sind fremdsprachige Schüler und Kinder ohne Elternhilfe. Das lautgetreue Schreiben sei „keine Methode, sondern unterlassene Hilfeleistung“, schrieb die FAZ und ergänzte: „Wie eine solche haarsträubende Methode flächendeckend Eingang in die Grundschulen finden konnte, bleibt ein Rätsel.“⁵

Wer nicht schreiben kann, hat Mühe mit Lesen

Doch ist es letztlich entscheidend, ob es nun „Ballon“ oder „balon“ heisst? Leben wir nicht in Zeiten von Korrekturprogrammen und Facebook-Twitter-Blog-Kommunikation? Wer so fragt, verkennt, wie wichtig korrektes Schreiben ist. Es geht um mehr als das „ck“ oder das Dehnungs-h, es geht um mehr als richtiges und rasches Recherchieren im Internet, um mehr als eine soziale „Visitenkarte“; es geht letztlich auch ums Lesen.

Wer nicht weiss, wie man schreibt, hat Mühe mit Lesen. Er muss zeitraubend entziffern und bleibt auf der Ebene des Worterkennens stecken – und damit letztlich Analphabet.

⁵ Uta Rasche: Orthographie in Schulen: Schraibm nach gehöa. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 1. März 2015, Nr. 9, S.10.

Wie so manche.

Systemversagen

Ob's ums Lesen und Schreiben der Schweizer Kinder besser bestellt ist? Eine Studie der Universität Freiburg von 2016 lässt daran zweifeln.⁶ Wer genau hinsieht und die Lehrmeister in den Betrieben fragt, weiss es schon lange: Viele Schulabgänger zeigen eklatante Schwächen im Fach Deutsch sowohl bei der Textkohärenz wie in Orthografie und Grammatik. „Viele KV-Bewerber bringen nicht den gewünschten Schulrucksack mit“, heisst es beim Ausbildungsverbund Aprentas. 2017 schieden zwei Drittel der Lehrlingsanwärter aus; sie erfüllten die Qualifikationen nicht.⁷

Dass jeder Fünfte unserer 15-Jährigen die Schule ohne die notwendigen sprachlichen Grundkenntnisse verlässt, ist schlicht ein „Systemversagen“, wie es Stefan C. Wolter, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung, auf den Punkt bringt. Und er fügt hinzu: „Bei einer durchschnittlichen Klassengrösse von 19 Schülern können in der Schweiz bei Schulabschluss zwei bis drei Schüler pro Klasse nur unzureichend schreiben und lesen.“

Überholte pädagogische Reformen überprüfen

In Baden-Württemberg, dem einstigen Bildungsspitzenreiter unter den deutschen Bundesländern, führten die Ergebnisse zu kontroversen schulpolitischen Debatten. Dort wurde das Konzept „Schreiben nach Gehör“ bereits abgeschafft – wie vielerorts in Deutschland. Die Verantwortlichen handeln.

Wie wenig sich die Schweizer Erziehungsdirektoren um diese Problematik kümmern, zeigt beispielsweise die Reaktion des St. Galler Bildungsdirektors nach einem Gespräch mit kantonalen Wirtschaftsvertretern. Sie beklagten die mangelnden Deutschkenntnisse der Schulabgänger. Bis zu fünfzig Prozent der Bewerber bestehen den Eignungstest zur Stadtpolizei der St. Gallen nicht. Sie scheitern an der Muttersprache. Die Bildungsdirektion, so die Antwort, werde „die Deutschkenntnisse gezielt fördern“ – und mit einer „neuen Generation adaptiver Lernfördersysteme“ reagieren.⁸ (8)

Vom Überprüfen modischer Methoden stand kein Wort. Zu gutem Deutsch gelangt man nicht auf diesem Weg. Da ist mehr zu tun.

Regierungsrat lehnt Lehrplanstopp ab

Zürichsee-Zeitung, 15.12.2017, Zürich

BILDUNG Ab Sommer 2018 soll der Lehrplan 21 eingeführt werden. Die Regierung lehnt eine Initiative, die einen Marschhalt fordert, ab. Die Initiantin bleibt skeptisch.

Der Lehrplan 21 bringt Veränderungen in der Schule. So soll kompetenzorientiertes Lernen zum Standard werden. Zudem wird mit «Medien und Informatik» ein neues Schulfach eingeführt, um nur einige Neuerungen zu nennen. Ab Sommer 2018 tritt der neue Lehrplan im Kanton Zürich auf der Kindergarten- und der Primarstufe bis zur 5. Klasse in Kraft – so der Plan, der nicht allen passt.

Per Einzelinitiative forderte Katrin Meier, die bei der Gewerkschaft VPOD für Lehrberufe

⁶ Sabine Kuster: Schweizer Kinder machen deutlich mehr Fehler als deutsche und österreichische. In: Aargauer Zeitung, 10. Aug. 2016

⁷ Franziska Pfister: Mangel an KV-Lehrlingen nimmt zu. In: NZZaS, 18. Juni 2017, Nr. 35, S. 29.

⁸ Firmenchefs fordern besseres Deutsch. In: Wiler Zeitung, 4. Dez. 2017.

zuständig ist und selbst als Lehrerin arbeitet, einen Marschhalt. Zur Begründung schrieb sie 2016: «Weder die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen noch die nötige Infrastruktur ist sichergestellt.» Es fehle auch an Lehrmitteln. Zudem drohe durch den Abbau von Halbklassenunterricht Qualitätsverlust in der Schule.

Für ungültig zu erklären

Da gut ein Drittel des Kantonsrats, nämlich SVP, EDU und Teile der SP, die Initiative unterstützt hatte, musste der Regierungsrat einen Bericht dazu verfassen. Diesen hat er gestern vorgelegt. Den geforderten Marschhalt lehnt die Regierung ab und beantragt dem Kantonsrat, die Initiative für ungültig zu erklären – aus formaljuristischen und inhaltlichen Gründen. So finde bei der Anzahl Lektionen, die in Halbklassen oder im Teamteaching unterrichtet werden, kein Abbau statt.

Zudem stehe den Lehrpersonen seit diesem Sommer ein breites Weiterbildungsangebot zur Verfügung. Dazu gehören kostenlose Online-Lerneinheiten, aber auch klassische Präsenzveranstaltungen im Team, wie die Regierung schreibt. Für «Medien und Informatik» gibt es einen kostenlosen Grundlagenkurs, der einem Weiterbildungsaufwand von rund 90 Stunden entspreche.

Weniger Musik

Auch an Lehrmitteln soll es nicht fehlen: In Deutsch, Mathematik und Französisch seien diese schon auf den Lehrplan 21 abgestimmt. In den übrigen Fächern würden sie derzeit überarbeitet oder neu entwickelt. So auch für «Medien und Informatik»: «Mit dem Inkrafttreten des Lehrplans 21 werden in diesem Bereich geeignete Materialien zur Verfügung stehen», verspricht die Regierung.

Meier bleibt skeptisch: Zwar treffe es zu, dass der Umfang des Halbklassenunterrichts in der Summe gleich bleibe. Einige Gemeinden würden aber das Fach «Musikalische Früherziehung» dem neuen Lehrplan opfern. «Das ist ein Qualitätsabbau», so die Gewerkschafterin und Lehrerin. Skeptisch ist sie auch, was die Ankündigung des neuen Lehrmittels und der Geräte für «Medien und Informatik» betrifft: «Ich glaube es erst, wenn das Lehrmittel vorliegt und die Tablets im Zimmer sind.» Das neue Ethik-Lehrmittel sei ebenfalls noch nicht parat.

Nicht alle Lehrer ausgebildet

Der Andrang auf die Lehrerweiterbildungen im Sommer war laut Meier gross. Aber: «Es sind noch längst nicht alle Lehrpersonen für den Lehrplan 21 ausgebildet.» Meier hat die 90-stündige Weiterbildung bereits absolviert. Sie habe dabei viel gelernt. Einziger Wermutstropfen: «Im neuen Berufsauftrag darf ich nur die Hälfte der Zeit als Arbeitszeit aufschreiben.»

Weiterhin sei unklar, wie die Lehrer die geforderten «Kompetenzen» der Schüler künftig beurteilen sollen. Die «Grundstruktur der Zeugnisse» bleibt laut Regierungsrat erhalten. Meiers Fazit: «Die Einführung des Lehrplans 21 ab Sommer 2018 ist okay. Aber das Okay wäre grösser, würden wir erst 2019 starten.»

Matthias Scharrer

«Problematische Entwicklung»

Zürichsee-Zeitung vom 20.12.2017, Leserbriefe

Zu «Regierungsrat lehnt Lehrplanstopp ab» Ausgabe vom 15. Dezember

Ein wichtiges Argument gegen die Einführung des Lehrplans 21 für die Kindergarten- und Primarschulstufe bis zur 5. Klasse ist die Tatsache, dass das Zürcher Volk am 25. November 2012 die obligatorische Grundstufe wuchtig verworfen hat. Mit 71 Prozent der Stimmen wurde die Zusammenlegung des Kindergartens mit den ersten Primarschulklassen vom Volk abgelehnt.

Mit dem Lehrplan 21 würde der eigenständige Kindergarten abgeschafft und mit den ersten zwei Primarklassen zu einem «1. Zyklus» zusammengefasst. Um den demokratischen Schein zu wahren, steht zwar im Lehrplan für den Kanton Zürich: «Die Kindergartenstufe ist die erste Stufe der zürcherischen Volksschule.» Tatsächlich gilt aber der kompetenzorientierte Aufbau des Lehrplans und somit die mehrheitlich isolierte Beschäftigung der Kinder bereits im Kindergarten. Sogar mit Tablets sollen die Kindergärten ausgestattet werden! Dabei sehen wir täglich die alarmierende Vereinzelung zahlreicher Kinder und Jugendlicher, die mit ihrem iPhone allein durch den Tag ziehen. Wollen wir diese problematische Entwicklung bereits bei unseren jüngsten Kindern begünstigen? Der Kindergarten muss doch zuallererst die Sozialisierung der Kinder in der Klassengemeinschaft und das Erlernen grundlegender motorischer und kognitiver Fähigkeiten unter Anleitung der Kindergärtnerin zum Ziel haben.

Das Zürcher Volk hat 2012 dem Grundschulexperiment eine Abfuhr erteilt. Und jetzt will der Regierungsrat ohne Überprüfung in einem Schulversuch und am Volk vorbei den Lehrplan 21 einführen, dessen Umwälzungen weit über den damaligen Versuch hinausgehen? Am 4. März 2018 können Zürcherinnen und Zürcher mit einem Ja zur Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» unsere demokratische Mitbestimmung im Schulwesen einfordern.

Elke Backfisch, Zürich

Weichenstellung für die Zukunft unserer Volksschule im 2018

Zürcher Bote 15.12.2017, Leserbrief

2018 ist wieder Wahljahr. Ein wichtiges Thema, das den Bürgern und KMU auf den Nägeln brennt, ist das kränkelnde Bildungswesen mit den 20 Prozent funktionalen Analphabeten bei den Schulabgängern (Pisa 2015). Bereits am 4. März 2018 können wir im Kanton Zürich über mehr Mitbestimmung in der Volksschule abstimmen, um zu verhindern, dass unsere bewährte Volksschule mit den unsinnigen Reformen an die Wand gefahren wird. Seit der Einführung des Lehrplans 21 häufen sich Reklamationen über die negativen Seiten der heute viel verbreiteten «modernen Unterrichtsformen».

Lehrer bemängeln die vom Lehrplan 21 favorisierten Lernlandschaften mit dem «selbstgesteuerten Lernen» bei denen die heutigen «Lernbegleiter» ihren Schülern bloss noch Blätter und Dossiers zu Selbststudium aushändigen, weil damit die wichtige Lernbeziehung zu den Kindern verunmöglicht wird. Ein Nachhilfeschüler aus Buchs ZH, erlebte den Unterricht an der «Vorzeigeschule» Petermoos als derart chaotisch und unorganisiert, dass die Lehrer oft schreien mussten. Eine «Laisser-faire-Haltung» sei normal; oft würden bei ungenügenden Arbeiten beide Augen zugeedrückt. Dieselben Probleme gibt es in Niederhasli-Niederglatt, wo sich die Elternorganisation IG Schule NiNiHo seit längerer Zeit

für einen Stopp der umstrittenen Reformen an der SOL-Schule stark macht und versucht Politiker und Bevölkerung wachzurütteln. Massive Stoffrückstände, eklatante Wissenslücken und dergleichen sind an den «selbstgesteuerten» SOL-Schulen an der Tagesordnung. Lehrmeister und Berufsschullehrer können diesen besorgniserregenden Trend bestätigen.

Aus vielen Zürcher Gemeinden tönt es nicht anders. Ist das bewährte Bildungs-Porzellan einmal zerschlagen, sinkt die Bildungsqualität allerdings unwiderruflich auf billiges Plastik-Niveau! Pisa 2018 lässt grüssen!

Peter Aebersold, Zürich

Humanistische Bildung

NZZ vom 13.12.2017, Zuschriften

Die NZZ verdient Lob für ihre vertiefte Behandlung verschiedener Aspekte des Einsatzes von IT in diversen Lebensbereichen. Was bis jetzt zu kurz kommt, ist eine differenzierte Sicht auf die damit verbundene Problematik im Bereich Bildung, denn die meisten entsprechenden Beiträge befürworten generell und pauschal möglichst viel IT, wie es auch im Gastkommentar «Digitale Bildung geht vor» (NZZ 30. 11. 17) der Fall ist. Lehrerschaft und Schulleitungen sollen dafür sorgen, dass «die Digitalisierung im Bildungswesen eine Breitenwirkung entfalten kann». Nun: Die Realisierung des Konzepts BYOD (bring your own device) ist an den Maturitäts- und Berufsschulen schon weit fortgeschritten, Lehrende und Lernende bringen vielerorts schon jetzt persönliche Laptops oder Tablets in den Unterricht mit. Vielleicht ist das aber einfach eine – im doppelten Wortsinn – billige Art, mit der Zeit gehen zu wollen. Und früher oder später dürfte man sich in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfinden, wenn man merkt, dass die flächendeckende Implementierung von IT kaum reversibel sein wird.

Informatik als Schulfach hat absolut Sinn; das Fach könnte aber in einem entsprechend ausgerüsteten Schulzimmer unterrichtet werden. Fatalerweise wird der Einfluss des Mediums auf die Inhalte unterschätzt: Wenn Unterricht und selbständige Schülertätigkeit hauptsächlich unter Einsatz digitaler Medien erfolgen, bedeutet das nicht weniger als das Ende humanistischer Bildung. Die springt weg wie ein scheues Reh, denn schnelles Herumschieben von unverdauten und allenfalls halbverstandenen Datenmengen läuft den Anliegen humanistischer Bildung diametral entgegen. Und das ist doch ein Effekt von einiger Tragweite, der die Aufmerksamkeit auch von Kreisen ausserhalb der Schule verdient.

Fridolin Berger, Uster

Trotz Mehrkosten: Kantonsrat führt Hauswirtschaft wieder ein

Luzerner Zeitung 11.12.2017

LUZERN · Kaum eingeführt, rüttelt der Kantonsrat bereits am Lehrplan 21: Mit einer grossen Mehrheit führen die Kantonsräte in der 9. Klasse das Wahlpflichtfach Hauswirtschaftsunterricht wieder ein – trotz Mehrkosten.

Evelyne Fischer

Dass der Regierung, welche die Ablehnung dieses Vorstosses beantragte, ein rauer Wind entgegenblasen dürfte, war schon an der Liste der Mitunterzeichner abzulesen: 54 Kantonsräte aller Fraktionen unterstützten das Postulat von Priska Wismer-Felder (CVP, Rickenbach), die in der 9. Klasse auch künftig das Wahlpflichtfach «Hauswirtschaftsunterricht» anbieten will. Wenig überraschend wurde der Vorstoss letztlich denn auch klar überwiesen: mit 67 zu 38 Stimmen.

Zum Vorstoss veranlasst wurde Primarlehrerin Wismer wegen der Umsetzung des Lehrplans 21: Das neue Fach «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt», das auf der Sek auf's Schuljahr 2019/20 eingeführt wird, ist in der Wochenstundentafel mit je zwei Lektionen in der 7. und 8. Klasse und einer Lektion in der 9. Klasse dotiert. Bisher wird die Hauswirtschaft in der 9. Klasse als Wahlpflichtfach mit zwei Lektionen angeboten.

Wismer: «Hier geht es nicht um ein bitzeli Kochen»

Dass der praktische Teil der Hauswirtschaft künftig weniger gewichtet werden soll, ärgerte Priska Wismer. Hier gehe es nicht «um ein bitzeli Kochen und Essen danach», sagte sie. «Der Unterricht bietet eine ideale Lernumgebung, um Schüler auf den Berufsalltag vorzubereiten.» Geschult werde das exakte, saubere und kreative Schaffen. In die gleiche Kerbe schlug Priska Galliker (CVP, Knutwil). «Mit der Streichung der Hauswirtschaft wird die Auswahl der Wahlpflichtfächer nur noch kopflastiger.»

Viel Unterstützung erhielt Wismers Vorstoss von der Ratslinken. So sagte etwa Ali R. Celik (Grüne, Luzern), dass die Regierung das Postulat primär ablehne, weil man mit zusätzlichen Besoldungskosten von 250'000 Franken rechne. Mehrausgaben, die der vom Kantonsrat verlangten kostenneutralen Einführung des Lehrplans 21 widersprechen. Celik und seine Fraktion waren aber der Meinung, «60 Rappen Mehrkosten pro Einwohner sind verkraftbar». Helene Meyer-Jenni (SP, Kriens) ergänzte, ihre Fraktion sei stets gegen die kostenneutrale Einführung gewesen. Man unterstütze Wismers Postulat. Denn: «Die Nahrungsmittelzubereitung muss praktisch erlernt werden.» Zudem erinnerten Wismer wie auch Meyer daran, dass das Parlament 2014 einen ähnlichen Vorstoss von der damaligen Kantonsrätin Marie-Theres Knüsel Kronenberg (CVP, Dagmersellen) mit 109 zu 0 Stimmen überwiesen hatte. Daran knüpfte auch Angela Pfäffli-Oswald (FDP, Grosswangen) an: «Die Regierung hat sich über den Willen dieses Vorstosses hinweggesetzt. Das ist inakzeptabel.»

Pfäffli gehörte zur Minderheit der FDP, die Wismers Vorstoss unterstützte. Die Mehrheit war laut Rosy Schmid-Ambauen (Hildisrieden) der Meinung, es liege in der Verantwortung der Eltern, ihre Kinder für die Nahrungsmittelzubereitung zu sensibilisieren. Die gleiche Haltung vertrat die GLP. Claudia Huser Barmettler (Luzern) ergänzte: Besucht würde das Fach ohnehin nur von jenen, die bereits Interesse an der Hauswirtschaft zeigten. Alle anderen müssten früher und ausserhalb der Schule dafür begeistert werden. Die SVP verwehrte dem Vorstoss unter anderem deshalb die Unterstützung, da er von der CVP stammte – die den Lehrplan notabene gutgeheissen habe, so Bernhard Steiner (Entlebuch).

Wyss musste sich vor seinem Votum geschlagen geben

Da die Mehrzahl der Wortmeldungen klar für eine Überweisung des Vorstosses sprach, musste sich Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP) schon vor dem Schlussvotum geschlagen geben. Er hielt aber fest: «Mit der Erheblicherklärung des Postulats wird die Anzahl anzubietender Lektionen mit Sicherheit steigen.» Dies entspreche nicht der Zielsetzung, wie sie der Kantonsrat formuliert habe.

Ärger mit neuen Schulzeugnissen

Tagblatt SG, 17.12.2017

BEURTEILUNG · Seit diesem Schuljahr gibt es im Thurgau neue Zeugnisse. Sie sind an den Lehrplan 21 angepasst. Darin gibt es keine mündlichen Noten mehr und nicht alle Schulen müssen die Fächer gleich aufteilen. Lehrer und Politiker wehren sich.

Larissa Flammer, Dies ist ein Artikel der «Ostschweiz am Sonntag».

Die nervöse Anspannung am letzten Schultag des Semesters, das Kribbeln im Bauch – bis man die Zeugnisnoten endlich in Händen hält. Nur: in diesem Schuljahr dauert es vielleicht etwas länger, bis man den Sinn des Geschriebenen erfasst. Mit dem neuen Lehrplan Volksschule Thurgau hat der Kanton diesen Sommer auch neue Zeugnisformulare eingeführt. Die wesentlichen Änderungen auf Sekundarstufe I sind in der Tabelle unten dargestellt. Der Hauptunterschied liegt darin, dass es keine mündlichen Noten mehr gibt.

«Wir sind aus allen Wolken gefallen, als in den Sommerferien das Mail vom Kanton gekommen ist», sagt Anne Varenne, Präsidentin von Bildung Thurgau. Die Berufsorganisation der Thurgauer Lehrerinnen und Lehrer war davon ausgegangen, dass die Neuerungen erst in einem Schulversuch getestet werden. So habe es der Regierungsrat aufgrund der Rückmeldungen in der Vernehmlassung entschieden. An den Jahrestagungen der Lehrer im Herbst hat sich Beat Brüllmann, Chef des Amts für Volksschule, für die misslungene Kommunikation entschuldigt und versucht, alle Fragen zu klären. «Das haben wir sehr geschätzt», sagt Varenne.

Den Schulversuch gibt es trotzdem. Bis im Winter 2019 testen 80 Lehrpersonen im Kanton unter anderem Kompetenzprofile, die den Zeugnisnoten beigelegt werden sollen. Bildung Thurgau ist in den Schulversuch mit einbezogen und wird danach auch an der Analyse beteiligt sein. Die neu geschaffene Regelung ist also eine Übergangslösung. Im Sommer 2021 wird eine neue kantonale Beurteilungsgrundlage eingeführt.

Politik schaut während der Erarbeitung genau hin

Nach den Sommerferien sind die Irritationen über die neuen Zeugnisse «sehr geballt» aufgetreten. Die Präsidentin von Bildung Thurgau sagt: «An den Elternabenden mussten die Lehrpersonen über die Neuerungen informieren, wussten aber selber nicht genau, wie diese umgesetzt werden.» Ihr erster Kritikpunkt betrifft die Einschätzungsskala für die 1. und 2. Klasse. Anstelle von Noten hiess es dort bisher: «Lernziele sehr gut erreicht», «gut erreicht», «erreicht» oder «nicht erreicht». Neu gibt es nur noch drei Abstufungen. «Wir haben uns vehement dagegen gewehrt. So werden die meisten Schülerinnen und Schüler in der Mitte eingestuft», sagt Varenne. Da es trotzdem so eingeführt wurde, fühlen sich die Lehrer nicht ernst genommen.

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die fehlenden mündlichen Noten in den Sprachen. «Für

gewisse Berufsgruppen sind diese wichtig.» Bildung Thurgau äussert zudem Bedenken zur Zusammensetzung der neuen Gesamtnote. Da mündliche Noten aufwendiger zu erheben sind, kann eine Gesamtnote dazu verführen, nur noch schriftliche Leistungen zu bewerten.

Der dritte Kritikpunkt zielt auf die Möglichkeit der Schulgemeinden, auf Sekundarstufe I in Eigenregie Sammelnoten zu setzen. Physik, Chemie und Biologie können zu «Natur und Technik» zusammengefasst werden, Geografie und Geschichte zu «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und Bildnerisches, Textiles sowie Technisches Gestalten zu «Gestalten». Ein Schreinermeister kann sich also nicht sicher sein, dass sein Lehrling gut mit Holz umgehen können wird, nur weil er im Fach Gestalten die Note 5,5 hatte. Diese könnte mit guten Leistungen im Zeichnen oder Nähen zustande gekommen sein. «Wir wollen, dass die Zeugnisse im ganzen Kanton gleich aufgebaut sind», betont Anne Varenne.

Aufgrund der Kritik hat das Amt für Volksschule im September bereits eine Anpassung an den Zeugnissen vorgenommen. Eigentlich hätte die Note für Geometrie wegfallen sollen. Das Amt schrieb in einer Mitteilung: «Im Hinblick auf die Lehrstellensuche können differenzierte Aussagen über die Leistungen in Geometrie von Bedeutung sein.» Auf Sekundarstufe I ist dieses Fach also wieder im Zeugnis vertreten.

Beat Brüllmann erklärt: «Mündliche und schriftliche Noten sind nicht mehr kompatibel mit dem neuen Lehrplan.» Dieser sehe die Beurteilung mit Gesamtnoten vor, welche nach dem Schulversuch allenfalls mit Kompetenzen ergänzt werden können. Bis dahin können die Noten in der Spalte «Bemerkung» differenziert werden. Vier Jahre nach der Einführung des Lehrplans will der Kanton ein Zeugnis haben, das alle mittragen. «Wir fragen auch, was das Gewerbe braucht.» Angestrebt wird ein kantonsweit einheitliches Zeugnis, auch wenn dem in der Übergangsphase nicht so ist.

«Thurgauer Schulzeugnisse – aussagekräftig und vergleichbar?» Diese Frage stellen sich auch sechs Kantonsräte aus SVP, GP, FDP, CVP und SP. Sie bitten den Regierungsrat in einer Interpellation um Antworten zu den Sammelnoten und der Vergleichbarkeit der Zeugnisse. Brüllmann sagt: «Diese Interpellation ist eine Chance für uns.» So hören die Verantwortlichen bereits während der Erarbeitungsphase, was die Politik dazu sagt. «Damit gibt es eine Lösung, die politisch auch tragfähig ist.» Eine, die nicht erst nach Inkrafttreten durch Vorstösse wieder geändert werden muss.

Sechs Schulen aus vier Kantonen mit Schulpreis ausgezeichnet

Blick 13.12. 2017 Bildung

Der Verein Schweizer Schulpreis hat am Mittwoch sechs Schulen ausgezeichnet, die der Verein als besonders innovativ und zukunftsorientiert betrachtet. Drei Schulen stammen aus dem Kanton Zürich und je eine aus den Kantonen Basel-Stadt, Zug und Neuenburg.

Der Verein Schweizer Schulpreis wolle mit dem Preis Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer motivieren, über die Grenzen des eigenen Kantons zu blicken, teilte der Verein am Mittwoch mit. Die Leistungen von innovativen Schulen sollen auch für andere Bildungsstätten sichtbar gemacht werden, damit sie diese als «Ideenlieferanten» nutzen können.

Im Kanton Zürich wurden die Schule in Dietlikon, die Primarschule Otelfingen und die

Schule Ruggenacher 1 in Regensdorf als besonders innovativ erachtet. Im Kanton Zug war es die Schule in Hünenberg und im Kanton Neuenburg gewann die Cercle Scolaire de Val-de-Ruz in Cernier die Auszeichnung. Im Kanton Basel-Stadt wurde die Sekundarschule Sandgruben ausgezeichnet.

Innovative und zukunftsorientierte Bildungsinstitute

Bewertet wurden zum Beispiel der Umgang mit Vielfalt, die Unterrichtsqualität, das Schulklima und die Schule als «lernende Institution». Um den Preis zu gewinnen mussten die Schulen in allen überprüften Bereichen gut und in einem hervorragend abschneiden. Die Gewinner werden nun national und international bekannt gemacht und in ihrer Entwicklung unterstützt, wie es in der Mitteilung heisst.

Für den Preis hatten sich 24 Schulen beworben, zwölf erreichten den Final. Der Preis wurde nach 2013 und 2015 zum dritten Mal vergeben. (SDA)

Schulpreise?

Zürcher Unterländer, 16.12.2017, Leserbrief

Wiederum vernahm man, dass an einige Schulen sogenannte „Schulpreise“ vergeben wurden. Diese erst vor wenigen Jahren eingeführten Belohnungen bestehen aus grösseren Geldbeträgen, für die eine private Stiftung aufkommt. Wer nach den Hintergründen forscht, dem wird bald klar, dass die Fäden nach Deutschland führen, und dort findet man Verbindungen zu anderen Stiftungen und wirtschaftlichen Organisationen aller Art. Da drängen sich Fragen auf. Wie kann es sein, dass irgendwelche private Vereinigungen sich in unsere Volksschule einmischen dürfen, um verkünden zu können, was eine „gute“ Schule ist? Weshalb sind nicht längst Politiker eingeschritten und haben dieses anmassende Gebaren gestoppt? Warum lassen sich selbst pädagogische Kreise in naiver Art in das Gefüge einbinden, statt energisch zu opponieren?

Diese harmlos erscheinenden „Stiftungen“ handeln nicht aus Nächstenliebe. Am Ende der Kette stehen wirtschaftliche Interessen, denn bei der oft zitierten „Schulentwicklung“ geht es auch um viel Geld bei Investitionen in Millionenbeträgen. Die Volksschule soll in jene Richtung gesteuert werden, die den Stiftungen behagt, und deshalb werden natürlich nur dort Prämien ausgerichtet, wo sich die Schulen absolut linientreu im Sinne der Geldgeber verhalten. Dieser „Schulpreisspuk“ sollte deshalb sofort gestoppt werden. Erstens ist die Einflussnahme Aussenstehender grundsätzlich strikte abzulehnen. Und zweitens ist es eine riesengrosse Ungerechtigkeit, wenn viele Schulen leer ausgehen, obwohl sie tagtäglich ebenfalls sehr gute Leistungen erbringen. Ihr Pech ist nur, dass sie möglicherweise in einem schwierigeren Umfeld tätig sind, dass sie es vielleicht wagten, halt auch einmal irgendwo ein bisschen von der offiziellen Doktrin abzuweichen oder dass sie ganz einfach ihre Zeit lieber für das Unterrichten als für das Erstellen eines umfangreichen Schulpreisbewerbungsdossiers verwenden.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Sollen Whatsapp und CO erst ab 16 Jahren erlaubt werden?

20Minuten 21.12.2017, Schweiz

BERN. Ein Mindestalter für Social Media: Diese Idee aus Frankreich hat auch in der Schweiz Anhänger.

In Frankreich sind Facebook, Whatsapp, Snapchat und Instagram erst ab 13 Jahren zugänglich. Künftig soll das Mindestalter für soziale Medien auf 16 Jahre angehoben werden, um Jugendliche besser vor Cybermobbing schützen zu können. Viele Jugendliche in Frankreich umgehen laut der Zeitung «Die Zeit» aber die Regelung, indem sie ein falsches Geburtsdatum eingeben. Deshalb sollen Jugendliche künftig verpflichtet werden, ihren Ausweis einzuscannen.

Hierzulande gibt es kein solches Mindestalter. Yvonne Feri (SP) würde das aber begrüßen: «Ich kann mir vorstellen, dass man eine ID-Kontrolle wie bei öffentlichen Zigarettenautomaten einführt.» Wichtig sei, dass die Regeln strenger würden und so der Schutz der Kinder und Jugendlichen gewährleistet sei. «Mit einer Altersgrenze wäre die Hürde zu Cybermobbing höher.»

Gegen ein Mindestalter ist SVP-Nationalrat Franz Grüter: «So würden hohe bürokratische Hürden geschaffen, ohne wirklich das Ziel zu erreichen, den Schutz der Kinder zu gewährleisten.» Auch Medienpädagogin Eveline Hipeli hält nicht viel von einer Ausweiskontrolle: «Das würde viele dazu verleiten, einen Ausweis zu fälschen, was strafbar ist.» Denn das Grundverlangen der jungen Menschen nach Austausch über die sozialen Medien verschwinde nicht einfach so. SILVANA SCHREIER

Primarschüler bekommen jetzt eigene Tablets

20Minuten 21.12.2017, Zürich/Region

ZÜRICH. Die Stadtzürcher Volksschule soll die Schüler adäquat auf die zukünftigen digitalen Anforderungen vorbereiten: Der Stadtrat hat für einen weiteren Ausbau der Schul informatik Ausgaben von 12,3 Millionen Franken bewilligt. Mit der Einführung des Lehrplans 21 im Schuljahr 2018/2019 erhalten die Schülerinnen und Schüler sämtlicher 5. Klassen ein persönliches Tablet. Ab dieser Stufe ist «Medien und Informatik» neu als Fach im Stundenplan verankert. Das Gerät dürfen die Schüler aber nicht behalten: Am Ende der 6. Klassen müssen die mobilen Geräte zurückgegeben werden. Auch in den Betreuungslokalen der Schulen will man aufrüsten: Immer mehr Kinder und Jugendliche würden nämlich familienergänzende Betreuungsangebote nutzen. SDA

24. 12. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598